

„Es gibt keine einfachen Lösungen“

Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) will die Klimaziele mit Atomkraft und Kohle erreichen

Trotz des alarmierenden jüngsten Berichts des Weltklimarats der Vereinten Nationen lässt sich die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) nicht aus der Ruhe bringen. Im Interview hält sie das Klimaschutzkonzept des Landes für ausreichend.

Sie sagen: Das Klima hat einen langen Bremsweg. Wo bleibt die Vollbremsung der Landesregierung angesichts des jüngsten Berichts des Weltklimarats, wonach nur noch acht Jahre Zeit bleiben, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen?

Wir setzen seit dem Jahr 2002 in Baden-Württemberg – das war ein Zeitpunkt, zu dem sich in der Politik noch wenige mit dem Thema beschäftigt haben – bereits Anreize, um in der Energieeffizienz und auch im Energieeinsparen voranzukommen. Ob wir für den Klimaschutz weitere Mittel erhalten, wird die Diskussion in der Zukunft bei der Aufstellung des nächsten Haushalts zeigen.

Die Landesregierung räumt dem Klimaschutz einen sehr hohen Stellenwert ein. In Cent und Euro lässt sich das aber nicht festmachen: Lediglich vier Prozent seines Haushalts gibt das Umweltministerium für Klimaschutzvorhaben aus, im Landeshaushalt sind es nur 0,4 Promille.

Der Doppelhaushalt 2007/08 ist ein Sparhaushalt. Dennoch hat die CDU-Fraktion uns weitere 5,5 Millionen Euro für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt – insgesamt sind es nun 19,2 Millionen Euro. Wir geben aber mehr Geld aus: Klimaschutz besteht nicht nur in der Vermeidung von CO₂-Emissionen, sondern ist auch eine Frage der Anpassung an den Klimawandel. Entsprechende Maßnahmen, wie etwa der „Klimaschutzschlag“ bei Investitionen im Hochwasserbereich sind im Haushalt nicht eigens ausgewiesen.

Welche Möglichkeiten hat das Land Baden-Württemberg, in Sachen Klimaschutz selbst aktiv zu werden?

Im Klimaschutzkonzept 2010 haben wir die Maßnahmen aufgeführt. Wir haben uns Ziele gesetzt für den Ausbau der erneuerbaren Energien: Vom Ausgangspunkt 1997 aus soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 11,5 Prozent bis zum Jahre 2010 verdoppelt werden. Zweitens nutzen wir den gesetzlichen Rahmen. Wir haben als erstes Land den Vorstoß gemacht, um für das Thema erneuerbare Wärme eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Drittens soll, ausgehend von 2006, die Energieeffizienz in Baden-Württemberg um 20 Prozent erhöht werden. Und viertens schaffen wir Anreize beispielsweise durch die Energieagenturen.

Das Ziel, bis 2005 die CO₂-Emissionen auf 70 Millionen Tonnen zu begrenzen, wurde verfehlt. Wie kann angesichts der wieder boomenden Wirtschaft bis 2010 die angestrebte Senkung auf 65 Millionen Tonnen erreicht werden?

Wir hatten uns im Umweltplan ein sehr ambitioniertes Ziel gesteckt. Das wurde verfehlt. Diese Kritik müssen wir einstecken. Trotzdem schreiben wir den Umweltplan fort, weil wir uns an Zielen prüfen lassen wollen. Bei der Frage der Reduktion von Treibhausgasen muss man sich nicht nur mit den erneuerbaren Energien befassen, sondern auch mit der Kernenergie. Im Land liegt der CO₂-Ausstoß pro Person knapp unter sieben Tonnen, im Bundesschnitt hingegen bei 10,6 Tonnen pro Person im Jahr. Wir haben diesen geringen Anteil, weil wir einen hohen Kernenergieanteil an der Stromerzeugung haben.

Sie setzen also auf eine Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke, anstatt den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich voranzutreiben?

Ich setze auf beides. Wir müssen uns über den Energiemix Gedanken machen. Wenn wir uns in Baden-Württemberg das Ziel setzen, bis 2020 zwanzig Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, dann muss ehrlicherweise gesagt werden, dass 80 Prozent des Stroms anders erzeugt werden muss. Wer also sagt, raus aus der Atomkraft und raus aus der Kohle, ist weit von der Realität entfernt.

Kernkraft also für alle Zeiten?

Nein, Kernkraft bleibt eine Übergangstechnologie. Wir kämpfen jedoch bei der CO₂-Reduktion an allen Ecken und Enden: Dazu gehört auch die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, um sich die Zeit für den Umstieg auf erneuerbare Energien zu verschaffen. Wenn allerdings die Kernenergie durch Kohlekraft ersetzt wird, dann bekommen wir ein großes Problem beim CO₂-Ausstoß. Viele kleine Erfolge, die wir vorher durch unsere Förderprogramme erreicht haben, würden mit einem Schlag zunichte gemacht.

Private Haushalte und der Straßenverkehr haben einen hohen Anteil am Ausstoß von Treibhausgasen durch ihren Energieverbrauch. Wie wollen Sie die Bürger erreichen? Für den Verkehr sind Sie nicht zuständig. Und bei den privaten Haushalten geht vieles nur über Freiwilligkeit.

Zwischen den Ministerien des Landes gibt es eine gute Abstimmung. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam auf Grund ordnungsrechtlicher Vorgaben der EU bei Fahrzeugen den CO₂-Ausstoß von unter 130 Gramm pro Kilometer erreichen.

Geht ein Tempolimit auch zu Ihren ordnungsrechtlichen Überlegungen?

Ein Tempolimit 120 brächte lediglich eine CO₂-Reduktion von 0,3 Prozent. Bei der Bevöl-



Umweltministerin Gönner muss oft erst noch ihre Kabinettskollegen überzeugen. Foto Steinert

kerung aber könnte fälschlicherweise die Botschaft ankommen: Das Problem ist gelöst. Ich sehe die Lösung aber vor allem darin, mit Sprit sparenden Autos zu fahren.

Zurück zu den Haushalten. Wie wollen Sie erreichen, dass Bürger freiwillig auf breiter Front in den Klimaschutz investieren?

Die Energieagenturen spielen eine wichtige Rolle bei der Aufklärung der Bürger. Wenn deutlich wird, dass sich Strom- und Energie sparen auch direkt im Geldbeutel bemerkbar macht, werden viele Bürger mitmachen. Davon bin ich fest überzeugt. Im Übrigen setzen wir nicht nur auf Freiwilligkeit: Wir als Land schreiben vor, dass ein Teil der Wärme durch erneuerbare Energien oder andere Maßnahmen mit CO₂-Reduktion geliefert wird. Beim Klimaschutz gibt es keine einfachen Lösungen. Auch, weil sich das Thema auf fast alle Lebensbereiche verteilt.

In welchen Bereichen kann das Land eine Vorbildrolle übernehmen?

Beispielsweise bei der energetischen Gebäudesanierung. Laut Bericht des zuständigen Finanzministers hat das Land in den vergangenen fünf Jahren 25 Prozent Energie auf Grund von Sanierungen eingespart. Bei uns im Umweltministerium werden beispielsweise die notwendigen Flüge klimaneutral gestellt, indem wir für jeden Flug einen Ausgleichsbetrag zahlen.

Ihre Kollegen haben Sie für solche klimaneutralen Flüge nicht gewinnen können?

Ich habe mir vorgenommen, das Thema des Flugverkehrs innerhalb der Landesregierung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie noch einmal zu diskutieren. Es ist im Übrigen so auch schon aufgenommen im Klimaschutzkonzept der Landesregierung 2010.